

Gesundheitsreform

Rezepte für die Zukunft ausstellen

■ Von Ernst-Wilhelm P a p e

»Die größte aller Torheiten ist, seine Gesundheit aufzuopfern, für was es auch sei, für Erwerb, für Beförderung, für Gelehrsamkeit, für Ruhm, geschweige für Wollust und flüchtige Genüsse: Vielmehr soll man ihr alles nachsetzen.« Diese Worte des Philosophen Arthur Schopenhauer, der vor 150 Jahren starb, besagen auch, dass ein jeder etwas für seine Gesundheit tun muss. Diese vorbeugenden Leistungen sind vom Patienten zu erbringen, geleitet und begleitet von Ärzten und Krankenkassen.

Auf Heilung hoffen nicht nur Patienten, sondern auch die Akteure des deutschen Gesundheitssystems. Einer der Akteure, Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP), hat jetzt das Skalpell angesetzt, um Wucherungen herauszuschneiden, damit der Heilungsprozess beginnen kann. Alle Leistungserbringer wie Ärzte, Krankenkassen und Apotheken müssen Einschnitte in Kauf nehmen. Weiterhin müssen die Beitragszahler, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, finanziell bluten. Sie werden in Zukunft zur Finanzierung des Gesundheitssystems höhere Beiträge zahlen müssen.

Rösler musste sich gestern Kritik von allen Seiten gefallen lassen. Die politische Opposition, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände sowie Ärztevertreter und gesetzliche Krankenkassen warfen dem Minister vor, dass die auf den Weg gebrachte Gesundheitsreform falsch sei. Es werde, je nach Sichtweise, an der falschen Stelle gespart, lautete das Weh-

klagen aus allen nur denkbaren Richtungen.

Der Versicherte selbst, der Patient, ist angesichts dieser Gegensätze arg verunsichert. Ärzte, wie zum Beispiel das neue Aktionsbündnis Fachärztlicher Organisationen in Nordrhein-Westfalen, stellen zwar die Notwendigkeit von Sparpaketen nicht in Frage, sagen aber im gleichen Atemzug, dass Fachärzte bundesweit in den vergangenen zwölf Jahren Leistungen im Wert von 100 Milliarden Euro unvergütet auf eigene Kosten erbracht haben. Den Patienten wurde geholfen, ohne dass Krankenkassen dafür zahlten.

Einsparen könne man besser bei den Verwaltungen der gesetzlichen Krankenkassen, den Kassenärztlichen Vereinigungen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, lautet das immer wiederkehrende Argument. Selbst in der Krise würden die Gehälter der Kassenfunktionäre steigen.

Die Kassen wiederum betonen, dass die Honorare der Ärzte in der Krise zweistellig gewachsen sind, es gar in Deutschland 25 000 niedergelassene Ärzte zu viel gibt und bei Behandlung sowie Arzneimitteln unnötig Geld ausgegeben wird.

Ärzte und Krankenkassen sind gemeinsam für die Gesundheit zuständig. Nur wenn Ärzte und Kassen gemeinsam Rezepte für die Zukunft ausstellen, gelingt mehr als nur eine Notoperation. Torheiten, siehe Schopenhauer, behindern immer noch eine Gesundheitsreform, die als solche auch mit Fug und Recht bezeichnet werden kann.

Selbst in der Krise steigen die Honorare der Ärzte und die Gehälter der Kassenfunktionäre.